Nummer 197 — 27. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den Unterh. Gratisbeilagen „Die Welt" und „Für unsere kleinen Leute", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", „Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Illustrirte Schau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.

Hauptschriftleiter: Dr. G. Tedezhk, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, den 30. August 1928

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰. die Petitreklamezeile 1.30 ℳ. Offertengeb. 20 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.

Geschäftlicher Teil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 5701. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17. Fernruf 30711 und 20012.

Das „Diwiv", seine Aufgaben und Ziele

Deutsches Institut für wirtschaftliche Arbeit in der öffentlichen Verwaltung.

Von

Max Holstein.

Je größer die Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung werden, desto stärker tritt das Gesetz, mit möglichst einfachen Mitteln möglichst gute Leistungen zu erzielen, in den Vordergrund und wird zur Devise der öffentlichen Verwaltungswirtschaft. Mit der fast ins uferlose gehenden Ausdehnung des Verwaltungsapparates stellten sich bald Mängel und Mißstände in der bisherigen Arbeitsorganisation ein, Mängel in den technischen Hilfsmitteln, in dem Arbeitsverfahren, in der Organisation, die automatisch mit dem Anwachsen der Geschäfte stärker wurden. Private Betriebe griffen nach dem Kriege schnell zur Rationalisierung, um durch sie wirtschaftlicher zu arbeiten. Die öffentliche Verwaltung griff ebenfalls zu diesem Mittel und ging zu grundlegenden Neuerungen auf dem Gebiete der Bürotechnik und Büroorganisation über. Das bisherige Arbeitsverfahren mußte einer Reform unterzogen werden. Reformen sind wohl im ersten Augenblick ein Hilfsmittel, zu dem man sehr gern greift, um den Anforderungen der immer vorwärts strebenden und umwälzenden Epoche zu genügen; sie bieten aber für die Dauer nicht die Grundlage einer wirtschaftlichen Behördenarbeit. Die Reform säubert und reinigt den Arbeitslauf von unnötigem Ballast, aber garantiert keine zeitliche wirtschaftlichere Gestaltung der öffentlichen Arbeit. Der Arbeitslauf muß dauernd kontrolliert werden, um etwaige Mängel zu beseitigen. Die Errungenschaften der Technik wären unproduktiv, wenn man nicht die Möglichkeiten einer besseren Gestaltung durch sie ausnützen würde. Aufgabe jeder einzelnen Behörde ist es, zur Förderung der Verwaltung, zur Vervollkommnung der Bürotechnik, jeden Leerlauf auszuschalten. Jeder Austausch von Erfahrungen bringt Vorteile, so auch hier. Die Behörden stehen in enger Fühlung untereinander. Einheitlichkeit ist auch hier ein Gebot. Der Herr Reichssparkommissar ist für die Reichsbehörden der Mittelpunkt und die gesetzliche Instanz für den Meinungsaustausch mit und unter den Behörden. Seine Aufgabe besteht darin, die Rationalisierungsarbeiten zu fördern und das Ganze einheitlich zu gestalten.

Die Gefahr bei der Rationalisierung, den Menschen zum Objekt werden zu lassen, muß ausgeschaltet werden. Es darf keine Entgeistung durch die moderne Bürotechnik eintreten. Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, den Beamten über die Reformen fortlaufend zu unterrichten, ihn damit vertraut zu machen und den Beamten als Subjekt in das ganze Reformwerk zu stellen, d. h. er muß selbst mitwirken. Aus dem Grunde schuf die Verwaltungsakademie Berlin, unter der erfolgreichen Führung ihres Leiters, Herrn Regierungsrat Pietsch, im Jahre 1926 das Deutsche Institut für wirtschaftliche Arbeit in der öffentlichen Verwaltung (Diwiv). Mitbegründer waren die Berufsbeamtenverbände. Die Einrichtung ist eine gemeinnützige und wird von den Behörden des Reiches und des Staates, der Länder und der Städte unterstützt und gefördert. Das Diwiv ist die Sammelstelle für die Ergebnisse der amtlichen Behördenarbeit, es wird zur Quelle, aus der Behörden und Beamte Belehrung über Arbeitsverfahren, Einrichtungen und maschinelle Hilfsmittel bei Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden schöpfen. Das Diwiv prüft die privatwirtschaftlichen Arbeiten auf ihre Nutzanwendung für die Behörden, die behördlichen Anforderungen an Arbeitsgeräte, sowie die Erfahrungen, die die Behörden mit technischen Hilfsmitteln machen und leitet die Ergebnisse der Industrie zu. Diese Gemeinschaftsarbeit ist natürlich nur durch die freiwillige Mithilfe von sachkundigen Beamten der einzelnen Verwaltungen möglich.

Die Leitung des Diwivs erfolgt durch das Kuratorium, dem namhafte Persönlichkeiten der verschiedensten Verwaltungen angehören und dem geschäftsführenden sowie einem fachlichen Vorstand. Staatsminister Dr. Drews, Präsident des Oberverwaltungsgerichts, ist der Präsident des Instituts. In den Arbeitsgemeinschaften des Diwivs wirken Beamte bei der Lösung der Aufgaben mit, die dem Diwiv gestellt werden. Z. Zt. bestehen folgende Arbeitsgemeinschaften:

Die Arbeitsgemeinschaft für Verwaltungs- und Bürotechnik behandelte in ihrem ersten Ausschuß das Problem der registraturlosen Arbeit. Die Arbeitsgemeinschaft stellte ein Gutachten auf, in dem die Grundsätze für Behördenregistraturen festgelegt wurden. Der zweite Ausschuß beschäftigt sich mit der Abteilungsregistratur, der dritte mit dem Problem der Arbeitsverteilung. Es sind noch andere Arbeitsgemeinschaften gegründet worden, so die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, zur Förderung und zum Aufbau der Beamtenwissenschaft. Weiter bestehen Arbeitsgemeinschaften für Psychotechnik, für behördliche Büromöbel und für Reichsbahnbeamte. Seit dem 1. April dieses Jahres ist das Diwiv die amtliche Auskunftsstelle des Deutschen Städtetages und des Reichsstädtebundes. Diese Auskunftsstelle ist von großer Bedeutung. Das Diwiv erteilt auf Grund von umfangreichem Material Auskünfte, die alle Fragen der Bürotechnik betreffen. Die Auskünfte basieren auf objektiver Grundlage, wie überhaupt das Neutralitätsprinzip niemals verletzt wird. Das Diwiv gibt eine Zeitschrift heraus, die als Beilage zum Beamten-Jahrbuch erscheint. Die „Diwiv-Nachrichten" dienen zur Verbreitung der für die Büroreform notwendigen Kenntnisse.

Um die aus der Praxis gesammelten Erfahrungen der Praxis wieder zuzuführen, gibt das Diwiv eine Schriftenreihe heraus, die z. Zt. vier Schriften umfaßt. Das 1. Heft der Diwiv-Schriftenreihe behandelt die Geschäftsordnung der Reichsministerien und ist von Ministerialdirektor Dr. Brecht verfaßt. Das 2. Heft behandelt die Büroreformen in einzelnen Verwaltungen. Band 3: Einzelne Büroprobleme, und Band 4 der Schriftenreihe: Reformen in der Preußischen Justizverwaltung. Hier ist nicht nur die öffentliche Verwaltung zu Wort gekommen, sondern auch die Wirtschaft. Gerade der letzte Band zeigt, daß Staat und Wirtschaft zusammenarbeiten müssen, damit die vom Staat und der Wirtschaft geleistete Arbeit auf den Gebieten der technischen und organisatorischen Reform nicht unfruchtbar wird. Nicht nebeneinander, sondern miteinander. Also auch hier Gemeinschaftsarbeit. Der Preußische Justizminister Dr. Schmidt schreibt sehr treffend in seinem Geleitwort: „In nicht geringem Maße werden durch die Reformarbeiten die Interessen der Wirtschaft berührt und zwar nach zwei Richtungen hin: einmal lasten auf den Schultern der Wirtschaft im besonderen Maße die öffentlichen Abgaben. Es ist darum verständlich, daß gerade die Wirtschaft, die vielfach in den eigenen Betrieben die Rationalisierung mit bestem Erfolge durchgeführt hat, darauf drängt, daß die Verwaltungsreform mit dem Ziel einer wesentlichen Ver-

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen".

Zwischen Paris und Genf

Müßige Kombinationen um die Unterredung Stresemann—Poincaré

Genf wird Klarheit bringen

Stresemann abgereist

Paris, 28. August.

Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann hat heute mittag 12.25 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug Paris—Straßburg Paris verlassen, um sich nach Baden-Baden zu begeben.

*

Die Pariser Zusammenkunft hat ihr Ende erreicht. Um die Verhandlungen und Diskussionen, die diese Paktunterzeichnung eingerahmt haben, herrscht tiefes Schweigen. Was hier oder da die amerikanische Presse abgehorcht haben will, geht über Gemeinplätze und über das bisher schon Bekannte in keiner Weise hinaus. Darum ist es auch müßig, über die Sonderkonferenzen zwischen Stresemann und Poincaré und über die Unterredung mit Briand Kombinationen aufzustellen. Zunächst wird man den Verlauf der Genfer Tagung abwarten müssen. Dann wird man sofort klar sehen, ob Paris tatsächlich in praktischer Hinsicht einen Fortschritt auf dem Wege der deutsch-französischen Verständigung bedeutet.

Das nach außen hin bemerkenswerteste Ereignis der streng programmäßig verlaufenen Unterzeichnungszeremonie war die Begrüßungsrede des französischen Außenministers, welche diesen wiederum als einen Meister des Wortes und der Dialektik zeigte. Man wurde lebhaft an seine Begrüßungsrede beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erinnert, vermißte aber seinen damaligen starken Appell gegen die Mitrailleusen und Geschütze, da ja nach französischer Auffassung diese in keinem Gegensatz zum Kellogg-Pakt stehen. Auch sonst klang diese Rede wesentlich gedämpfter als jene vor drei Jahren. Ganz bewußt rückte er den Sicherheitswert des Paktes in den Vordergrund mit dem Hinweis, daß er eine neue Festigung des status quo in Europa bedeute, und diese Aeußerung wurde illustriert durch die gleichzeitige Verlautbarung der Havasagentur, die feststellte, der Pakt füge eine moralische Garantie für diejenigen Länder hinzu, welche, wie Polen in dem Abkommen von Locarno, nicht alle Sicherheiten, die sie wünschten, gefunden hätten, eine Aeußerung, die eine Unterschiebung des sogenannten Ostlocarno bedeutet.

Sehr seltsam war es, daß Briand den Pakt, der in seiner gegenwärtigen Form gegen den Widerstand Frankreichs zustande kam, den „Pakt von Paris" nannte und betonte, daß Frankreich wegen seiner besonderen Verdienste um den Frieden das Recht habe, Schauplatz des neuen Friedensaktes zu sein. Außerdem erinnerte er unnötigerweise daran, daß man den Präsidenten Wilson bei der Friedenskonferenz in dem gleichen Saale haben fungieren sehen. Sehr deutlich unterstrich Briand, wie zu erwarten war, sämtliche französischen Vorbehalte, und es ist bedauerlich, daß andere Nationen keine Möglichkeiten hatten, ihre Erwartungen in diesem bedeutsamen und historischen Augenblick zum Ausdruck zu bringen. Der genius loci war solchen Aeußerungen zweifellos nicht günstig, aber sie hätten dem moralischen Eindruck dieser Zeremonie sehr zum Vorteil gereicht.

Kellogg dankt

London, 27. August.

Staatssekretär Kellogg hat an Premierminister Baldwin ein Schreiben gerichtet, in dem er für die Einladung der britischen Regierung, auf seiner Rückreise London zu besuchen, herzlich dankt und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß er in absehbarer Zeit in der Lage sein werde, nach London zu kommen, wo er während seiner Tätigkeit als Botschafter viele Freunde gefunden habe. Zur Zeit sei es ihm jedoch nicht möglich, England einen Besuch abzustatten.

Neuyork, 28. August.

Wie „New York Times" aus Washington meldet, verzichtet Staatssekretär Kellogg auch auf den Besuch in Irland. Kellogg wird am 29. August auf der „Leviathan" von Cherbourg direkt nach Amerika abreisen.

Stresemann zufrieden?

Berlin, 29. August.

Ueber die Besprechung zwischen Poincaré und Dr. Stresemann erfährt man jetzt auf dem Umweg über die Neuyorker Presse, nähere Einzelheiten. Der Pariser Korrespondent des „Herald" will von ganz zuständiger Seite wissen daß Poincarés Antwort bereits im vorhinein festgelegt war. Poincaré soll bei Behandlung der Räumungsfrage darauf hingewiesen haben, daß Deutschland Konzessionen nur erhalten könne, wenn es bereit sei, Vorschläge in Uebereinstimmung mit seinen Dawespflichten zu machen. Auch die „New-York Times" bestätigt, daß sich Poincaré Stresemann gegenüber zu nichts bereitgefunden habe. Nicht einmal zu einer früheren Räumung der zweiten Zone.

Stresemann soll seine Forderung nach Räumung, wie der „New-York Herald" berichtet, auf den veränderten Geist zwischen Frankreich und Deutschland aufgebaut und auf seine eigene Anwesenheit in Paris hingewiesen haben, die den letzten Beweis für die Annäherung darstelle. New-York-Herald will weiter wissen, daß Stresemann sogar betont habe, wenn Frankreich sich in seiner Einstellung gegenüber der Rheinlandräumung nicht vom Geist der Annäherung beeinflussen lasse, könne er, der deutsche Außenminister, der in Deutschland als Exponent der Annäherung gelte, es in nächster Zeit unmöglich finden, des nationalistischen Geistes in Deutschland Herr zu werden. Dr. Stresemann habe betont, es liege ihm vor allem daran, so nach Berlin zurückzukehren, daß er dem deutschen Volke beweisen könne, daß der neue Geist in Frankreich ebenso gewürdigt werde wie in Deutschland

Nach weiteren Meldungen soll Dr. Stresemann mit den Ergebnissen der Besprechung „zufrieden" sein. Neben der Frage der Besetzung und der Revision des Dawes-Planes sei auch über das deutsch-polnische Verhältnis, sowie über den Anschlußgedanken gesprochen worden. Eine Vertiefung des Kernproblems der früheren Rheinlandräumung sei allerdings nicht möglich gewesen. In Genf werde sich aber, wie Stresemann versichert hat, die Gelegenheit bieten, gemeinschaftlich mit den Vertretern der Locarnomächte diese Frage gründlich zu diskutieren. Die nach Genf kommenden Außenminister Frankreichs und Belgiens haben die ausdrückliche Vollmacht erhalten, über die Räumungsfrage zu verhandeln, ebenso auch der Vertreter des englischen Außenministers Lord Cushendon und Scialoja für Italien.